

### Aus dem Inhalt:

- 0 Budget 2023
- 0 Wechsel im Stadtrat
- 0 LKH Knittelfeld
- 0 Krampusaktion
- 0 Pflegepetition

## KPÖ-Antrag auf leichteren Zugang zum Energiekostenzuschuss: **Die Chancen auf Umsetzung stehen gut!**

Die Gemeinde vergibt jährlich einen Energiekostenzuschuss, der heuer von 120 auf 150 Euro erhöht wurde. Allerdings haben derzeit nur BezieherInnen von Sozialunterstützung, Mindestpension und Reha-Geld Anspruch darauf. Die Kosten des täglichen Lebens sind in den vergangenen Monaten massiv gestiegen. Die KPÖ hat sich deshalb dafür eingesetzt den Kreis bezugsberechtigter Personen auszuweiten.

**Die** Preise für das tägliche Leben sind derartig gestiegen, dass viele Menschen vor großen Problemen stehen. Organisationen, die Sozialberatungen durchführen berichten einhellig davon, dass nun nicht nur Menschen mit geringem Einkommen, sondern Teile des unteren Mittelstands Schwierigkeiten haben über die Runden zu kommen. Auch wir merken das in unseren Sozialberatungen.

**Deshalb** haben wir uns im Sozialausschuss und im Stadtrat dafür eingesetzt, die Einkommensgrenze für den Energiekostenzuschuss auf die Armutsgefährdungsschwelle anzuheben. Damit würden deutlich mehr Menschen den Zuschuss bekommen. Einen entsprechenden Antrag haben wir in der letzten Gemeinderatssitzung eingebracht.

**Der** Vorschlag wurde von den anderen Fraktionen positiv aufgenommen. Bürgermeister Harald Bergmann berichtete, dass die Gemeinde vom Bund 100.000 Euro zusätzlich aus der Corona-Prämie bekommen werde. Diese Mittel könnten für den verbesserten Energiekostenzuschuss verwendet werden.

### Der Antrag der KPÖ:

#### Energiekostenzuschuss ausweiten!

Der Gemeinderat der Stadtgemeinde Knittelfeld möge beschließen:

**Der Energiekostenzuschuss der Stadtgemeinde soll allen KnittelfelderInnen zu Gute kommen, deren Einkommen unter der aktuell bemessenen Armutsgefährdungsschwelle liegt. (derzeit 1.371 Euro, 12 mal im Jahr für einen Ein-Personen-Haushalt)**

**Der** Antrag wurde dem Sozialausschuss zugewiesen mit der Zusage einer Umsetzung positiv gegenüberzustehen. KPÖ-Gemeinderätin Renate Pacher mahnte ein, die Verbesserung sollte auf jeden Fall und so bald als möglich durchgeführt werden - denn die Menschen brauchen diese Unterstützung. Am 6. Februar ist die nächste Gemeinderatssitzung. Die Chancen stehen gut, dass die verbesserten Richtlinien dann beschlossen werden.

*Wir wünschen allen  
Knittelfelderinnen und  
Knittelfeldern alles Gute für  
2023, soziale Sicherheit,  
Frieden und viel Gesundheit!*



**Ihre KPÖ-  
GemeinderätInnen  
und die  
KPÖ-Knittelfeld**



Sylvia  
Lammer

Josef  
Meszlenyi

Renate  
Pacher

Sonja  
Karimi

# Budget 2022: Soziale Verbesserungen trotz schwieriger Finanzlage



**KPÖ-Stadtrat Josef Meszlenyi**

Wir erleben schwierige und unsichere Zeiten. Während sich immer mehr Menschen das tägliche Leben nur mehr schwer leisten können, weil die Preise für Energie, Wohnen und Lebensmittel in ungekannte Höhen steigen, trifft die Krise auch die Gemeinden, die schon vor Corona und Ukraine-Krieg unterfinanziert waren.

## Wir alle zahlen für die Sanktionen

**Die** Kostensteigerungen für Strom und Fernwärme machen sich deutlich im Voranschlag bemerkbar. Die Energiekosten verteuern sich 2023 um rund 600.000(!) Euro. Das ist eine direkte Folge der Profitgier der Energiekonzerne und einer fehlgeleiteten und schädlichen Sanktionspolitik. Die Sanktionen beenden den Krieg nicht, während die Menschen die Kosten dafür tragen müssen.

**Die** Teuerung trifft die Gemeinden in Zeiten, in denen sie die Mittel brauchen würden um den von der Teuerung geplagten Menschen unter die Arme zu greifen, wichtige Investitionen zu tätigen und schlicht ihren Betrieb am Laufen zu halten.

## Höhere Förderung bedeutet Millionen fürs Budget

**Knittelfeld** steht vor einem großen und wichtigen Projekt - dem Schulkonzept. Hier werden in den nächsten Jahren 20 Millionen Euro investiert. 50 Prozent davon sollen vom Land Steiermark kommen. Die Schulsanierungen in Zeltweg und Spielberg wurden mit 60 Prozent gefördert. Das ist eine Schlechterstellung von Knittelfeld, gegen die alle Möglichkeiten genutzt werden müssen. Denn zehn Prozent mehr Förderung bedeuten Millionenbeträge, die dem künftigen Gemeindebudget zugutekommen würden.

## Die Steiermark wird benachteiligt



**Im** Finanzausgleich (das ist das Aufteilungsmodell wonach die Steuereinnahmen des Bundes auf Länder und Gemeinden verteilt werden) sind

KnittelfelderInnen benachteiligt. Denn die BürgerInnen der Steiermark sind immer noch „weniger wert“ als die Einwohner anderer Bundesländer und bekommen weniger von den Steuereinnahmen. Das macht für unsere Stadt immerhin etwa 1,5 Mio. Euro aus.

**Im** Finanzausgleich soll neu verhandelt werden. Es ist wichtig, sich auf die Füße zu stellen und Druck zu machen, dass diese Ungerechtigkeit ausgeglichen wird. Von den 14,2 Millionen Euro aus den Ertragsanteilen liefern wir 1,1 Millionen auch gleich wieder als Gemeindeumlage an das Land Steiermark ab. Diese Umlage sollte endlich fallen, auch dazu wäre jetzt der richtige Moment.

„**Koste** es was es wolle“ hat ein ehemaliger Bundeskanzler zu Beginn der Corona-Krise gesagt und Milliarden wurden und werden in große Konzerne

gepumpt um sie vor den Auswirkungen der Krisen zu schützen. Jetzt werden im Gefolge des russischen Angriffs auf die Ukraine 16 Milliarden Euro in das Bundesheer gesteckt, ohne zu wissen warum ein neutrales Land mitten in Europa ein derartiges Aufrüstungsprogramm braucht.

**Für** die Gemeinden gilt dieses „koste es was es wolle“ nicht. Mit den kommunalen Investitionspaketen werden zwar Investitionen der Gemeinden gefördert, doch die Gemeinden müssen 50 Prozent der Kosten selbst aufbringen - und in vielen Gemeinden fehlt dafür das Geld. Was mindestens ebenso notwendig wäre: Geld für den laufenden Betrieb zu erhalten und den Gemeinden für ihre wachsenden Aufgaben zur Verfügung zu stellen - das passiert nicht.

## Soziale Gerechtigkeit erfordert höhere Vermögenssteuern

**Die** Gemeinden, sind die direkte Schnittstelle zu den Menschen, sie müssen auf eine gute finanzielle Basis gestellt werden und Vorrang haben. Dazu wird es aber neue Einnahmemöglichkeiten brauchen, die nicht wie bisher die große Mehrheit belasten, sondern Millionen- und Milliardenreichtum besteuern.



**Es** gäbe also gute Gründe aus politischem Protest gegen die Unterfinanzierung der Gemeinden gegen den Voranschlag 2023 zu stimmen. Im vorliegenden Budget finden sich allerdings Punkte eines Anti-Teuerungspakets der Gemeinde. Besonders hervorzuheben ist die Aussetzung der Erhöhung bei den Kanal- und Wassergebühren.

## KPÖ stimmt erstmals fürs Budget

**Damit** wurden Anliegen umgesetzt, für die wir seit Jahren getrommelt haben. Das ist positiv. Daher hat die KPÖ das erste Mal seit vielen Jahren dem Voranschlag für das Jahr 2023 zugestimmt. ÖVP und FPÖ stimmten dem Budget ebenfalls - kommentarlos - zu.

# LKH-Knittelfeld: **Alles wird gut?**



„Alles wird gut“ verspricht die Lichtinstallation vor dem LKH. Wir meinen Wachsamkeit ist notwendig.

**Es** gilt aber wachsam zu bleiben. Auch in der Vergangenheit hat die KAGes Zusicherungen gemacht, die sie in Folge nicht einhalten wollte oder konnte. So wurde auch in Eisenerz der Erhalt des Standorts garantiert, das LKH wurde aber einige Monate darauf geschlossen. In Bad Aussee wurde der Erhalt der chirurgischen Abteilung zugesagt, diese dann aber in eine Fünf-Tage-Klinik umgewandelt.

**Die** Zusage der KAGes-Verantwortlichen, dass der Standort erhalten bleibt ist gut und wichtig. Wir müssen aber darauf achten, dass sie eingehalten und der Standort wieder in vollem Umfang hergestellt wird. Die KPÖ wird sich auf allen Ebenen dafür einsetzen.

**Wohl** auch auf Grund der Sorgen in der Bevölkerung hat die ÖVP die zuständige ÖVP Landesrätin Juliane Bogner-Strauß zu einem Stammtisch am Hauptplatz eingeladen. Die KPÖ hat diese Gelegenheit genutzt um von der Landesrätin die volle Wiederherstellung des Standortes Knittelfelds einzufordern.



„Ziel muss es sein, den LKH-Standort Knittelfeld in vollem Umfang wiederherzustellen und zu erhalten. Es ist die Aufgabe der Landesregierung, der KAGes den Auftrag zu geben, in diesem Sinne tätig zu werden“, forderte KPÖ-Gemeinderätin Renate Pacher. Sie übergab der Landesrätin die von den Gemeinden Knittelfeld, Spielberg, Zeltweg und Judenburg beschlossene Resolution, die die Wiederherstellung und den langfristigen Erhalt unseres Spitals fordert.

**Erst** im Juli – also lange nach dem öffentlichen Aufschrei der ÄrztInnen, der im Mai erfolgte und über den die Medien ausführlich berichtet haben - sei die

Bereits im Mai haben die ÄrztInnen des LKH Knittelfeld einen offenen Brief veröffentlicht, in dem sie vor einer Notsituation im Herbst gewarnt haben. Nun ist genau das eingetreten: Rund die Hälfte der Betten in der Abteilung „Innere Medizin“ mussten gesperrt, eine Station zumindest vorübergehend zur Gänze geschlossen werden.

## KAGes ist der Bevölkerung im Wort

**Viele** Menschen sind besorgt um die Zukunft unseres Spitals. Das zeigte auch die gut besuchte Informationsveranstaltung der Gemeinde zum Thema LKH Knittelfeld. „Der Standort ist gesichert“ damit hat die KAGes-Spitze um Dr. Gerhard Stark und Landesrat a. D. Günther Dörflinger den Erhalt des LKH Knittelfeld zugesichert. Sie sind damit gegenüber der Bevölkerung die Verpflichtung eingegangen für die Aufrechterhaltung der Gesundheitsversorgung und des Spitalsstandorts zu sorgen.

Landesrätin nach eigener Aussage über die Schieflage am LKH informiert worden.

**Damit** sich Frau Bogner-Strauß künftig rechtzeitig über die massiven Probleme in der Gesundheitsversorgung informieren kann, hat KPÖ-Stadtrat Josef Meszlenyi ihr ein Digitalabo einer Tageszeitung geschenkt. „Kein Wunder, dass die Bevölkerung das Vertrauen in die Landesregierung verliert, wenn Probleme monatelang ignoriert und heruntergespielt werden. So wurde wertvolle Zeit vertan, in der man schon längst nach Lösungen hätte suchen können.“



**Stadtrat** Meszlenyi übergab der Landesrätin auch die Vorschläge der KPÖ für Maßnahmen zur Wiederherstellung der Versorgung in Knittelfeld, die wir auch dem Knittelfelder Bürgermeister übermittelt haben.

## Die Vorschläge der KPÖ

- ➔ Eine Peripherieprämie für ÄrztInnen und das Pflegepersonal
- ➔ Attraktive Übernachtungsmöglichkeiten/Dienstwohnungen
- ➔ Ein attraktives Anreizsystem
- ➔ ÄrztInnen, die sich verpflichten, für zwei Jahre in Knittelfeld zu arbeiten, sollen anschließend bei der Vergabe von Stellen in ihren Wunschkrankenhäusern vorgereicht werden
- ➔ FachärztInnen werden bei einer Verpflichtung, für fünf Jahre in Knittelfeld zu arbeiten bei der Vergabe von Kassenstellen vorgereicht
- ➔ Supervision in der Arbeitszeit
- ➔ Koordination zwischen HausärztInnen und Ambulanz verbessern, HausärztInnen die Entlastung der Ambulanzen ermöglichen

## Haben die Vorgänge um das LKH Knittelfeld Methode?

Die EU-Kommission hat nach Einführung des EU-Fiskalpakts enormen Druck auf die EU-Staaten ausgeübt um neoliberale Strukturänderungen zu erzwingen. Der linke EU-Parlamentsabgeordnete Martin Schirdewan hat in einer Studie nachrecherchiert. Das Ergebnis ist eindeutig: Die EU-Kommission hat die EU-Staaten allein zwischen 2011 und 2018 sage und schreibe 63-mal aufgefordert im Gesundheitsbereich zu kürzen bzw. zu privatisieren.

**Österreich** hat dem im Zuge des Österreichischen Stabilitätsprogrammes Rechnung getragen und die Gesundheitskosten ans BIP gekoppelt und gedeckelt. Dieses Programm wurde seit seinem Bestehen von allen Parteien mitgetragen.

**Um** diese Vorgaben zu erfüllen braucht es konkrete Maßnahmen. Das zeigt sich im Gesundheitsbereich durch Personaleinsparungen, verstärktem Arbeitsdruck, eine nichtadäquate Entlohnung uva. Außerdem werden um Kosten zu senken die Spitalsbetten reduziert und Spitäler geschlossen.

**Aber** um Spitalsbetten zu reduzieren, oder sogar Abteilungen und Spitäler zu schließen - und damit zu erwartende Proteste zu unterdrücken - müssen „Begleitmaßnahmen“ ergriffen werden. Als erstes werden die Beschäftigten demotiviert. Das geschieht durch Verunsicherung (wie geht es weiter?) gesteigertem Arbeitsdruck, unklaren Perspektiven für das Krankenhaus und vielfach mit geringer Wertschätzung für die Leistungen der Beschäftigten.



**Nach** außen - für die Bevölkerung - wird ein Bild gezeichnet, das das Vertrauen ins öffentliche Gesundheitswesen verringert: Kein Personal, überarbeitete

.....

### Wasser und Kanal:

#### Über neues Tarifsysteem nachdenken!

Der Gemeinderat hat für 2023 die Aussetzung der jährlichen Preiserhöhung für Wasser und Kanal beschlossen. Bisher wurden die Gebühren jedes Jahr automatisch nach dem Verbraucherpreisindex erhöht. Damit war die KPÖ nie einverstanden.

Der Beschluss der Indexaussetzung gilt nur für 2023. Wir haben im Gemeinderat angeregt 2024 nicht einfach zum alten System zurückzukehren. Die Zeit sollte genutzt werden über ein neues Tarifsysteem nachzudenken. Wir meinen eine gewisse Grundmenge sollte kostengünstig sein, Über diese Menge hinaus könnte sich der Tarif verteuern. So würde zum Sparen ange-regt und die benötigte Grundmenge günstiger sein.

ÄrztInnen und PflegerInnen, lange Wartezeiten auf Operationen und Untersuchungen. Solche Vorgehensweisen konnte man in vielen Betrieben und Einrichtungen beobachten, die man privatisieren oder schließen wollte.

### Der Ärzte- und Personalmangel fällt nicht vom Himmel

**Der** Personal- und Ärztemangel ist der perfekte Vorwand um schon lange gehegte Kürzungs- und Schließungspläne umzusetzen. Die dringenden Warnungen vor dem drohenden Personalmangel gibt es schon seit vielen Jahren. Den verantwortlichen PolitikerInnen muss die Situation schon lange klar gewesen sein, geben sie sich ja immer so volksnah. Es wurde nichts getan um das zu verhindern.



Protestversammlung der Beschäftigten vor dem LKH Knittelfeld

**Nur** ein völlig inkompetentes Management hätte die drohenden Probleme übersehen können. Dass z.B. in Knittelfeld das Betriebsklima schlecht und die Arbeitsbelastung ein kritisches Ausmaß erreicht hat, konnte kaum verborgen bleiben. Nachdem aber nicht davon auszugehen ist, dass alle Führungskräfte unfähig sind, und unter den oben genannten Vorzeichen, weist vieles darauf hin, dass man das öffentliche Gesundheitswesen ganz bewusst zurückfahren will.

**Immer** mehr PatientInnen - vor allem jene, die es sich leisten können - werden zu Privaten umgeleitet. Die Privatkliniken nehmen ebenso zu wie die Zahl der WahlärztInnen. Schließlich liegen im Gesundheitsbereich noch viele Milliarden, zu denen Privatkapital und AktionärInnen gerne Zugang hätten. Und die Politik - angefangen von der EU bis zur Bundes- und Landesregierung - legt dafür die Rutsche.

**Raiffeisenbank  
Aichfeld**



**Impressum:** Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ-Knittelfeld, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld. F.d. Inhalt verantwortlich: Renate Pacher. Druck: Fa. Gutenberghaus



Gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“ des Österreichischen Umweltzeichens, UW-Nr.944, 8720 Knittelfeld

**Trotz Teuerung und Pflegekrise  
ist Korruption ihre Devise.  
Die nur nehmen und nix geben sollen fluchen.  
Jetzt kommt der Krampus sie besuchen!**

## KPÖ-Krampusaktion



Wie jedes Jahr verteilte die KPÖ auch heuer wieder Krampuskarten und Schokokrampusse.

### Haustierrettung Murtal: Keine baldige Lösung in Sicht



Es gab in Knittelfeld intensive Bemühungen zur Installierung einer Haustierrettung für das Murtal. Der Gemeinderat hat sogar ein eigenes Projektteam beauftragt.

Es gab zahlreiche Vorbesprechungen und Medienberichte. In letzter Zeit ist es still um dieses Vorhaben geworden.

**Deshalb** haben wir in der letzten Gemeinderatsitzung nachgefragt. Der Bürgermeister erklärte, das Land wolle die Kosten von mehreren hunderttausend Euro pro Jahr nicht tragen, auch von den Gemeinden gäbe es nur geringe Bereitschaft für eine Kostenbeteiligung. Wenn es zu einer Haustierrettung im Murtal kommt, werde diese wahrscheinlich nur in einer stark verkleinerten Variante umgesetzt werden.

**Wir** hoffen, dass in dieser Angelegenheit noch nicht das letzte Wort gesprochen ist. Immerhin haben über 2.000 Menschen eine Petition an das Land mit der Forderung nach einer Haustierrettung im Murtal unterschrieben. Diese große Anzahl der UnterstützerInnen zeigt, dass der Bedarf für eine Haustierrettung gegeben ist und das vielen Menschen ein Anliegen ist.

### Fluglärm:

#### Wo bleiben die Verbesserungen?

Die Bürgermeister von Zeltweg, Spielberg und Fohnsdorf haben sich am Fliegerhort Zeltweg mit Vertretern des Militärkommandos Steiermark zu einem Kontaktgespräch getroffen.

**Laut** Medienberichten haben die Bürgermeister die Anliegen der Region vorgebracht. Das Bundesheer berichtete über die Ergebnisse der Lärmmessungen, ☹

☹ die nach(!) der Airpower durchgeführt wurden. Die Messergebnisse sollen veröffentlicht werden. Laut Bundesheer werden das Flugstundenkontingent und weitere Vereinbarungen eingehalten. Die Treffen sollen jeden Herbst wiederholt werden.

**Der** Lärm vor und während der Airpower war oft unerträglich und gesundheitsgefährdend. Es gab zahlreiche Beschwerden aus der Bevölkerung. Das Bundesheer übte sich in Beschwichtigung. Ein solches Treffen hätte sofort während der massiven Fluglärmbelastung stattfinden müssen um sofort Verbesserungen einzufordern. Ein Treffen im Spätherbst dient höchstens einer Nachbetrachtung. Auch dass die Lärmmessungen nach der Airpower durchgeführt wurden ist eine Verhöhnung der Bevölkerung.

**KPÖ-GR** Sonja Karimi fragte im Gemeinderat nach, ob Knittelfeld keine Einladung für das jetzige Treffen erhalten habe. Der Bürgermeister erklärte er sei krank gewesen. Karimi betonte sich nur zu treffen sei zu wenig. Notwendig wäre es, dass solche Treffen auch zu konkreten Verbesserungen für unsere lärmgeplagte Bevölkerung führen.

**Das** Bundesheer behauptet die Flugstundenkontingente werden eingehalten. Falls das stimmt sind die Kontingente eindeutig zu hoch angesetzt. Denn die Lärmbelastung ist einfach zu hoch. Es wäre Aufgabe der Bürgermeister konkrete Verbesserungen zu erreichen. Ansonsten sind die jährlichen Treffen nicht mehr als unverbindliche Plauderstunden. Ansprechpartner ist aber vor allem das Verteidigungsministerium - denn dort werden die politischen Entscheidungen getroffen.

#### 95 zu 129 Dezibel

Verteidigungsministerin Klaudia Tanner hat im Sommer unsere Region besucht. Dabei wurden ihr auch Eurofighterübungsflüge präsentiert. Die maximale Lärmbelastung an diesem Tag lag bei 95 Dezibel. Die Lärmbelastungen an den Trainingstagen ohne Ministerbesuch betragen 118 Dezibel mit Lärmpegelspitzen bis zu 129 Dezibel.



## Wechsel im Stadtrat

**Die KPÖ hat einen Wechsel durchgeführt. Renate Pacher hat ihre Funktion als Stadträtin zurückgelegt. Josef Meszlenyi wurde in der letzten Gemeinderatssitzung einstimmig zum neuen KPÖ-Stadtrat gewählt.**

Josef Meszlenyi ist dreißig Jahre alt und wahrscheinlich der jüngste Stadtrat den Knittelfeld je gehabt hat. Er kommt aus dem Burgenland und lebt seit viereinhalb Jahren in Knittelfeld. Seit der letzten Wahl ist er Gemeinderat und arbeitet als Bezirkssekretär der KPÖ. Er führt im Bezirk auch die Sozialberatungen der Partei durch.

„Ich bedanke mich bei Renate für ihre bisherige Arbeit und für das Vertrauen, das die KPÖ-Fraktion in mich setzt. Renate war immer die kritische Stimme im Stadtrat. Das wird auch meine Aufgabe sein. In einer Stadt mit einer absoluten Mehrheit einer Partei ist das wichtig. Ich sehe die KPÖ als soziales Gewissen im Gemeinderat, in diesem Sinne möchte ich weiterarbeiten“ so Josef Meszlenyi.

### **Wir haben mit Renate Pacher das folgende Gespräch geführt:**

#### **Warum hast Du den Stadtrat zurückgelegt?**

Es ist nun Halbzeit in der Gemeinderatsperiode. Ich bin nun 62 und seit zwei Jahren als KPÖ-Bezirkssekretärin in Pension. Es ist Zeit für einen Generationswechsel. Als sozialer und politischer Mensch ist es mir aber wichtig weiter mitzuarbeiten und meine Erfahrungen einzubringen. Deshalb bleibe ich als Fraktionsführerin im Gemeinderat.

#### **Wie lange bist Du schon im Gemeinderat?**

Seit 1993, ich wurde zusammen mit meinem Kollegen Franz Moharitsch angelobt und trat so die Nachfolge meines Vaters, Leopold Pacher, an.

#### **Eine lange Zeit mit vielen Erfahrungen.**

Ja, ich habe vier Bürgermeister und alle Höhen und Tiefen einer politischen Tätigkeit erlebt. Gestartet bin ich mit zwei Mandaten. Der größte Erfolg waren unsere fünf Mandate. Aber ich war auch fünf Jahre lang allein im Gemeinderat. Es war nicht einfach als kritische Opposition allein im Gemeinderat zu bestehen.

#### **Du warst aber auch im Landtag.**

Von 2005 bis 2010. Mit Ernest Kaltenecker ist es der KPÖ nach Jahrzehnten gelungen wieder in den Landtag einzuziehen. Das war ein großer Erfolg. Am Anfang war das für mich ein Schock. Ich habe als Viertgereichte nicht damit gerechnet in den Landtag zu kommen. Dann habe ich mich aber, so glaube ich, gut eingearbeitet. Das war eine spannende, aber auch sehr fordernde Zeit. Seitdem gibt es in der Obersteiermark auch den KPÖ-Sozialfonds.

Damals hätte die SPÖ unter LH Voves zusammen mit uns im Landtag eine Mehrheit gehabt. Wir hätten zusammen eine sozialere Steiermark gestalten können. Leider war die SPÖ daran nicht interessiert und hat die Zusammenarbeit mit der ÖVP vorgezogen.

#### **Seit wann warst Du im Knittelfelder Stadtrat?**

Seit Frühjahr 2010. Leider gibt es, anders als in Graz, keinen Anspruch auf ein Resort. Die Mehrheit entscheidet über den Vorsitz in den Ausschüssen. Das ist schade. Die Gemeinde würde sich zudem viel Geld ersparen wenn Ausschüsse nicht nur mit SPÖ-Man-

daratInnen besetzt würden. Der Stadtratsbezug liegt derzeit bei 1.406 Euro brutto, 14 mal im Jahr. Wir sind die einzige Knittelfelder Partei, die die Gemeindebezüge veröffentlicht. Gemäß dem Statut unserer Partei habe ich den Stadtratsbezug immer zu 100 Prozent an die KPÖ-Knittelfeld abgeliefert. Damit finanzieren wir unsere Gemeinderatstätigkeit und die Knittelfelder Nachrichten. Mein Nachfolger, der Josef, macht das nun genauso.

#### **Du hast sicher politisch viel erlebt.**

Ja, leider auch viele Fehlentwicklungen. Zum Beispiel die Sparkassenstiftung: Knittelfeld ist wahrscheinlich die einzige Gemeinde, die keinen Zugang zum Erlös aus dem Verkauf der Gemeindeparkasse hat. Hier geht es um Millionenbeträge die dem Gemeindebudget fehlen. Die verwaltet ein Stiftungsrat, der mit dem Gemeinderat nichts zu tun hat. Hier haben Gemeindefunktionäre gegen die Interessen der Gemeinde gehandelt.

Oder das Wegwarte-Seniorenheim: Das Zusammengehen mit privaten Investoren und schließlich der Verkauf der Gemeindeanteile hat den Rückzug der Gemeinde aus der Seniorenpflege bedeutet. Ein sozialpolitisches Armutszeugnis.

Das, und vieles andere habe ich immer aufgezeigt und kritisiert. Durch unsere Knittelfelder Nachrichten haben die KnittelfelderInnen auch vieles erfahren, was sonst unter den Teppich gekehrt worden wäre. Zum Beispiel, dass die Gemeinde um 360.000 Euro mehr für das Haus der Vereine bezahlt hat als die Vorbesitzer, die das Haus vom Bund erworben haben.

#### **Was hat die KPÖ im Gemeinderat erreicht?**

Die KPÖ ist eine kleine Partei. Um Dinge umzusetzen braucht es die Zustimmung der Mehrheit. Durch Zähigkeit kann man dennoch Einiges erreichen. Ich denke an die erfolgreiche Kampagne zur Abschaffung des Regress, Verbesserungen bei den Taxigutscheinen und hoffentlich bald beim Energiekostenzuschuss. Auch zur Umsetzung der Aussetzung der Gebührenerhöhung bei Wasser und Kanal haben wir einen Beitrag geleistet.

**Fortsetzung ➔**

**Fortsetzung** ➔**Wie geht es Dir nun ohne Mandat im Stadtrat?**

Als kritische Stimme macht man sich oft nicht sehr beliebt. Die Gemeinderatstätigkeit macht Freude, kostet aber auch Kraft und Energie. Es Zeit für einen Wechsel, auch um Platz für eine neue Generation und neue Ideen zu machen. Die Veränderung fällt mir auch deshalb leicht, weil ich weiß, dass ich mit Josef einen guten Nachfolger habe.

Abschließend möchte ich mich bei unseren WählerInnen für das Vertrauen bedanken - und auch bei meinen FraktionskollegInnen. Wir sind und waren immer ein gutes Team.

**Buchhandlung in Knittelfeld**

Steinberger Hof

Kirchengasse 6

Telefon 03512 71 374

[www.steinbergerhof.at](http://www.steinbergerhof.at)**Willkommenspaket**

Die Gemeinde Übelbach überreicht allen Menschen, die dort ihren Hauptwohnsitz anmelden ein Willkommenspaket. Darin befinden sich Informationsbroschüren und Gutscheine für örtliche Handelsbetriebe.

So fühlen sich die neuen Gemeindemitglieder willkommen und sind über die Gemeinde und Einkaufsmöglichkeiten informiert. KPÖ-Gemeinderätin Sylvia Lammer hat vor mehreren Monaten angeregt diese Idee auch für Knittelfeld aufzugreifen. Der Bürgermeister hat damals zugesagt darüber nachzudenken. Nun hat Gemeinderätin Lammer nachgefragt, der Bürgermeister erklärte man arbeite daran. Wir meinen, ein Willkommenspaket ist eine nette Idee, die Umsetzung sollte bald erfolgen.

Steiermärkische  
**SPARKASSE** 

In jeder Beziehung zählen die Menschen.

**Stadtimkerei:  
Hoher Abgang**

Die Gemeinde hat als Ergebnis eines Bürgerbeteiligungsprozesses das Projekt „Knittelfeld summt“ gestartet. Es wurden Blühstreifen angelegt, Vorträge abgehalten und eine Stadtimkerei gegründet.

**100** Bienenstöcke und Betriebsmittel wurden angeschafft und ein Imker angestellt. Wir haben uns im Budget und im mittelfristigen Finanzplan die Prognosen für die Stadtimkerei angesehen.

**Für** 2023 rechnet man mit Erträgen von 11.100 Euro, wovon 7.500 Euro in Form einer Bedarfszuweisung vom Land kommen. Es wird mit Aufwendungen in der Höhe von 57.400 Euro gerechnet. Außerdem sollen noch zusätzlich 13.000 Euro für Betriebsausstattung und 15.000 Euro für eine Schauimkerei ausgeben werden. Ein Kredit in der Höhe von 42.000 Euro soll um weitere 21.000 Euro aufgestockt werden.

**Auch** in den Jahren 2024 bis 2027 rechnet man laut mittelfristigem Finanzplan mit Erträgen von jährlich 3.600 Euro und jährlichen Aufwendungen zwischen 57.100 und 58.900 Euro.



**In** Österreich gibt es rund 700 Wildbienenarten, wozu auch die Hummeln zählen. Wildbienen leisten einen wichtigen Beitrag zur Bestäubung, auch weil viele Arten schon bei viel geringeren Temperaturen fliegen als die Honigbiene. Rund die Hälfte der Wildbienen stehen auf der roten Liste der gefährdeten Arten. Allerdings nicht die Honigbiene.

**Honigbienen** werden wie Nutztiere wegen des Honigertrags gepflegt und gehalten. In den letzten Jahren gab es einen Hype um die Imkerei und es gibt zahlreiche Hobby- und Berufsimker. Wildbiologen weisen darauf hin, dass wegen des Zulaufs zur Imkerei Honigbienen in Nahrungskonkurrenz zu den Wildbienen treten können und deshalb zu viele Honigbienen nicht förderlich für den Wildbienenbestand sind.

**Wir** haben das in der letzten Gemeinderatssitzung angesprochen. Wir meinen, wenn die Stadtimkerei derart defizitär ist, wie es die Zahlen der kommenden Budgets nahelegen und wenn der ökologische Nutzen zweifelhaft ist, sollte man über einen Ausstieg aus der Stadtimkerei nachdenken. Wir haben angeregt der Prüfungsausschuss solle sich damit befassen.

**Natürlich** meinen wir nicht, dass Knittelfeld aus dem ganzen Projekt „Knittelfeld summt“ aussteigen soll. Die angelegten Blühstreifen sind ökologisch wertvoll und sollten ausgeweitet werden. Wichtig ist, dass dabei die richtigen Blühpflanzen, die den Wildbienen optimal nutzen, ausgesät werden. Natürlich sind Vorträge und Bewusstseinsbildung wichtig - aber dafür braucht es nicht unbedingt eine Stadtimkerei.

# 12.154 Unterschriften für Pflegepetition – davon über 700 aus dem Murtal



Kaum eine Woche vergeht ohne neue Hiobsbotschaften aus den steirischen Krankenhäusern und Pflegeheimen. Es ist offenkundig: In der Pflege brennt der Hut! Um auf die massiven Missstände aufmerksam zu machen und für ein Pflegesystem einzustehen, das für die Zu-Pflegenden, ihre Angehörigen und die Pflegekräfte funktioniert, haben sich im Frühsommer Beschäftigte aus der ganzen Steiermark mit der KPÖ zusammengetan und die Petition „Geht’s der Pflege gut, geht’s uns allen gut!“ ins Leben gerufen.

**Über** 12.000 Menschen haben schließlich die Petition für bessere Bedingung im Pflege- und Gesundheitssystem unterschrieben. Dass es dringend Maßnahmen braucht ist in der Bevölkerung angekommen, bei der Regierungsbank offenbar noch nicht. So hat Landeshauptmann Christopher Drexler wochenlang auf Terminanfragen zur Petitionsübergabe überhaupt nicht reagiert.

**Erst** nach medialem Druck hat sich das Büro des Landeshauptmanns beim Erstunterzeichner, Betriebsrat Wolfgang Schwab vom Arbeitskreis Gesundheit und Pflege der KPÖ gemeldet. Nun wurden die Unterschriften endlich übergeben.



**Wochenlang hat der Landeshauptmann nicht auf Terminanfragen zur Übergabe der Unterschriften reagiert.**

gen uns wirklich, wie dramatisch die Zustände noch werden müssen, bis diese Landesregierung das Ru-

„**Natürlich** sind wir sauer, wenn unser Pflegewesen sehenden Auges so an die Wand gefahren wird und unsere Forderungen nicht einmal angehört werden. Zur Erinnerung: Ohne grundlegende Kurskorrektur werden in Österreich bis zum Jahr 2030 bis zu 100.000 Pflegekräfte fehlen! Wir fragen

der endlich herumreißt und vom Schönreden ins Tun kommt“, so Wolfgang Schwab.

**Über 700 Unterschriften im Murtal**  
Wir bedanken uns bei allen MurtalerInnen die unsere Petition unterzeichnet haben. Viele Menschen, aus dem Pflegebereich und darüber hinaus, haben auch selbst Unterschriften gesammelt. Ihnen gilt ein besonderer Dank!

**Die** KPÖ wird die in der Pflege-Petition enthaltenen Hauptforderungen auch im Landtag weiterhin zum Thema machen und die Landesregierung an die mehr als 12.000 Menschen erinnern, die diese Forderungen mit ihrer Unterschrift mitunterstützen.

- ➔ Deutliche Aufstockung der Ausbildungsplätze gegen den Personalnotstand!
- ➔ Bessere Bezahlung und mehr Freizeit für das Pflegepersonal!
- ➔ Anhebung des Pflege-Schlüssels!
- ➔ Höhere finanzielle Unterstützung für Menschen in Pflege-Ausbildungen!

MACH MIT!

0% käuflich

100% sozial

KPÖ-Bezirksleitung in Knittelfeld,  
Friedensstraße 10, Telefon: 03512/82240  
E-Mail: knittelfeld@kpoe-steiermark.at

## Einladung zum KPÖ-Stammtisch

Reden, diskutieren, sich informieren  
Jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat

KPÖ-Parteiheim, Friedensstraße 10, ab 18.00 Uhr

## Sprechstunde mit Sozialberatung

KPÖ-StR. Josef Meszlenyi  
und DSA Karin Gruber

24. Jänner 2023

KPÖ-Parteiheim in Knittelfeld  
Friedensstraße 10, 11.00 bis 13.00 Uhr,  
Vor Anmeldung: 03512/ 82240